

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14.00 Zl.
monatl. 4.80 Zl. In den Ausgabestellen monatl. 4.-6. Zl. Bei
Postbezug vierteljährlich 16.08 Zl. monatl. 5.36 Zl. Unter Streifband in Polen monatl. 7 Zl.
Danzig 3 Gld. Deutschland 2.5 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonialzeile 30 Groschen, die 90 mm
breite Reklamezeile 150 Groschen. Danzig 20 h. 100 Zl. Pf.
Deutschland 20 bzw. 100 Goldpf. übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platz
vorricht und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Öffentliche Gebühren 100 Groschen. — Für das Erscheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Vorleschekonten: Polen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 5.

Bromberg, Sonnabend den 8. Januar 1927.

51. Jahrg.

Das deutsche Gespenst.

Die Debatte in der Außenkommission des Sejm.
(Von unserem Berichterstatter)

Warschau, 6. Januar.

Die Diskussion über das Exposé des Ministers Zaleski, die am 5. d. M. in der Außenkommission des Sejm stattgefunden hat, bildete einen ergiebigen und aufschlußreichen Kommentar zu den Ausführungen des Ministers. Von der zurückhaltenden und vorsichtig tastenden Art des offiziellen Vertreters der Außenpolitik Polens stachen die breitpurierten und stellenweise sogar plumpen und demagogischen Aussäusserungen der Oppositionsredner auffallend und grell ab. Die kritischen Geister in der Kommission klammerten sich vor allem an das lohnende Thema vor der deutschen Gefahr, schwelgten darin, die Tücken des deutschen Gespenstes breit auszumalen und entblößten ihre vollständige Unfähigkeit, den tieferen Zusammenhängen der europäischen Friedensarbeit nachzugehen.

Der ehemalige Außenminister, der nationaldemokratische Parteiführer Marjan Seyda, machte dem Minister, einen schweren Vorwurf daraus, daß er in seiner Rede von den sensationellen, demagogisch aufgemachten Nachrichten der nationalistischen polnischen Presse über die Kriegsbereitschaft Deutschlands und die Bedrohung der Westgrenzen Polens nicht Notiz genommen habe. Seyda sieht bereits „eine gegen die Weichsel gerichtete Front der deutschen Rüstungen“, eine Gefahr, die durch das passive Verhalten Polens im Völkerbunde mitverursacht sein soll.

Im Feuer der oppositionellen Verantwortlichkeit behauptete Seyda sogar, daß auch innerhalb des polnischen Staates das polnische Element geschwächt, daß Deutschland hingegen gestärkt werde. Zum Beweise wies er auf ein Communiqué vom 22. Dezember v. J. hin, nach dem die polnische Regierung der deutschen mitgeteilt habe, daß sie von der Liquidierung des Eigentums der Geburtspolen Abstand nehme. Weiter fragte Seyda, ob es wahr sei, daß ein neues Abkommen mit Deutschland in Sachen der Staatszugehörigkeit in Aussicht stehe und daß Schlichtungskommissionen, zu denen je ein Pole und ein Deutscher zugezogen sein würden, gebildet werden sollen? Schließlich erklärte der Chefredakteur des „Kurier Pommers“, daß die nationaldemokratische Partei die gesamte Regierungspolitik Deutschland gegenüber ablehne und daher das Exposé des Ministers nicht zur Kenntnis nehmen werde.

Der Sprecher der christlichnationalen Partei Stroński, der als erster in der Diskussion das Wort ergriff, hielt einen methodisch aufgebauten Vortrag, in welchem er nicht so sehr gegen den Minister als gegen die Locarno-Politik überhaupt polemisierte. In seinen Ausführungen suchte er nachzuweisen, daß von Locarno an die Macht und daß Ausehen Deutschlands in Südosteuropa Wachsen seien und daß nur die Hauptanstrengungen des Deutschen Reiches gegen Osten zielen. Um Polen an die Wand zu drücken, schaffe Deutschland allerlei Schwierigkeiten im Osten; so sei Litauen ein Werkzeug nicht nur Russlands, sondern vor allem Deutschlands. Der letzte Umsturz in Litauen bedeute eine Wiederherstellung des übermächtigen deutschen Einflusses aus den Jahren 1917 und 1918. Der deutsche Einfluß in Litauen werde jedoch keine Trübung der Beziehungen Deutschlands zu Russland heraufbeschwören; im Gegenteil, beide Mächte werden einträchtig das „arme litauische Werkzeug“ gegen Polen auszunützen wissen.

Das Klagebild von Deutschlands machender Macht, von seiner Kriegsbereitschaft, von der schwachen diplomatischen Position Polens und der strahlenden Politik des französischen Bundesgenossen wiederholte sich in schwächeren Abwandlungen auch in den Ausführungen der anderen Redner. Die regierungsfreundlichen Redner wehrten nur sanft ab. Bezeichnend ist, was Jan Dabki, Führer der Bauernpartei, sagte: „Wir sind Augenzeugen eines gewaltigen Umsturzes; dieser gleichsam unerwartete Junge, als den man Deutschland betrachtet hatte, und welcher beiseite stehen mußte, beginnt in Europa zu dominieren, und man hört auf ihn. Unser Minister befand sich einer unangenehmen Situation gegenüber, als er als Mitglied des Völkerbundrates nach Genf gekommen war und dieser Rat nur eine zweitrangige Bedeutung hatte; es berieten nur die Kontrahenten des Rheinpaktes oder die Mitglieder des Völkerbundrates. Während Stresemann mit Chamberlain und Briand beriet, mußte er im Hotel sitzen und horchen, was die „großen Herren“ dort besprachen.“ Dabki hält für das einzige wirkliche Verteidigungsmittel: die Friedenspolitik.

Und mit Recht. Die Kommission stellte sich in ihrer Mehrheit auf den gleichen Standpunkt. Man war im großen und ganzen mit den Grundzügen der Rede Zaleskis einverstanden und schloß die Diskussion, ohne eine Entschließung angenommen zu haben.

Der Parzellierungplan für 1927.

Warschau, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der letzte Ministerrat hat einen Namensausweis derjenigen Besitzungen angenommen, die wegen der Nichtdurchführung des Parzellierungsplans für das Jahr 1926 im Laufe des Jahres 1927 zum Zwecke der Parzellierung erneutet werden sollen. Es handelt sich um 50 000 Hektar Land. Davon entfallen 26 000 auf die östlichen Woiwodschaften, 14 000 auf Polen, 10 000 auf Schlesien und 10 000 Hektar auf Westgalizien und das frühere Konkreksien. Der Ausweis wird noch vor dem 10. Januar veröffentlicht werden und wird sicherlich unter den Landwirten große Erhöhung auslösen.

Weiter wurde der Parzellierungsnachlauf für das Jahr 1927 angenommen. Es sollen 200 000 Hektar parzelliert werden. Davon entfallen 125 000 Hektar auf Staats- und 75 000 Hektar auf Privatgüter.

Marschall Piłsudski tritt als Regierungschef zurück.

Gründliche Umbildung des Kabinetts im Monat Januar.
Piłsudski wendet sich ausschließlich der Organisation
der Armee zu.

Warschau, 7. Januar.

Wie unser Warschauer Vertreter von bestunterrichteter Seite erfährt, herrscht in Kreisen, die der Regierung nahestehen, die Überzeugung, daß das Kabinett des Marschalls Piłsudski Ende Januar eine gründliche Umbildung erfahren wird. Vor allem wird Marschall Piłsudski von seinem Posten als Ministerpräsident zurücktreten und nur den Posten des Kriegsministers beibehalten. Er will sich von der Politik zurückziehen und sich ausschließlich der Organisation der Armee widmen. Regierungschef soll wieder der Vizepremier Bartel werden.

Als Piłsudski im Herbst zur Zeit des großen Meinungsstreits zwischen Regierung und Parlament Regierungschef wurde, hat er sofort zu erkennen gegeben, daß dies nur vorübergehend sein könnte. Vor allem lag es ihm daran, den Widerstand der Rechten gegen das neue Regime zu brechen und das Budget für das Jahr 1927 zu sichern. Er hat die sich selbst gestellte Aufgabe voll erfüllt. Heute wird das neue Regime eigentlich nur noch von den Nationaldemokraten und zum Teil auch von den Christlichen Demokraten bekämpft. Alle anderen polnischen Parteien wagen der Regierung keine Opposition zu bieten.

In den Kreisen, die der Regierung nahestehen, ist man gleichzeitig aber seit überzeugt, daß der Abgang des Marschalls Piłsudski von der politischen Tribune kaum endgültig sein werde. Die politischen Parteien würden dem rekonstruierten Kabinett sofort neue Schwierigkeiten bereiten, dabei werden die Rechtsparteien von der Regierung eine Abänderung der Wahlordnung zu erreichen trachten. Die Linksparteien lehnen eine Abänderung der Wahlordnung jedoch grundsätzlich ab, so daß sich auf parlamentarischem Boden wegen dieser Frage noch schwere Kämpfe abspielen dürften.

Der Abgang Piłsudskis erfolge aber aus dem Grunde, weil jetzt das Kabinett hauptsächlich wirtschaftliche Fragen zu lösen haben werde. In Regierungskreisen sei es dabei immer mehr die Überzeugung durch, daß man für einige Zeit den achtstündigen Abendtag abhalten müsse; dagegen sträuben sich bekanntlich die Arbeiterparteien aufs heftigste. Es werden auch darüber auf parlamentarischem Boden schwere Kämpfe ausgespielt werden, und es wird dann schließlich, wie es heißt, dem Marschall Piłsudski nichts anderes übrig bleiben, als abermals die Regierungszügel in die Hände zu nehmen, diesmal aber nicht mehr als verummelter, sondern als offener, unverhüllter Diktator.

Nochmals die Korridor-, die Danziger und die Wilnafrage.

Die Rechtsparteien fordern Auflösung.

Warschau, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Aus parlamentarischen Kreisen erfährt unser Warschauer Vertreter, daß Abgeordnete der Rechtsparteien vom Außenminister Zaleski Auflösung darüber fordern wollen, wie sich die polnische Regierung zu den im Ausland verbreiteten Projekten betreffend Rückgabe des polnischen Korridors und Danzigs an Deutschland gegen die Auseinandersetzung Litauens an Polen stellt. In der Rede des Außenministers vermissen die parlamentarischen Kreise eine präzise Erklärung der Regierung in dieser Angelegenheit.

Großes Aufsehen erregt in politischen Kreisen ein Interview des sozialistischen Abgeordneten Diamand mit einem jüdischen Zeitungsvertreter, wobei der Abgeordnete ausführlich auf die Korridor-, die Danziger und die Wilnafrage zu sprechen kam. Abgeordneter Diamand führte a. a. aus:

Seit einiger Zeit sind die wunderlichsten Gerüchte über die Lösung der Korridorfrage durch Schaffung eines anderen Zutritts an das Meer für Polen im Umlauf. Die zahlreichen Anhänger dieser Idee gehen davon aus, daß es für Polen gleichgültig sei, auf welchem Wege es zum Meer gelange und daß die Aufgabe eines Landesteiles möglich sei, der nach polnischer Ansicht von einer polnischen Mehrheit bewohnt werde. Die Anhänger des Gedankens der Vereinigung Ostpreußens mit Deutschland auf dem Wege der Einverleibung Danzigs und des Korridors schlagen deshalb eine Entschädigung Polens im Sinne der historischen Tradition durch die Union Litauens mit Polen vor. Auf diese Weise stellen sie sich die Lösung einiger peinlicher Fragen in Europa vor, vor allem der Wilnafrage, und es ist interessant, daß diese Vorschläge aus polnischen Kreisen kommen. Wilna würde autonom zu Litauen gehören, wie z. B. Irland zu England, mit allen Garantien für die nationalen Minderheiten. Es wäre indirekt mit Polen verbunden, und alle litauischen Ambitionen würden vollständig beseitigt werden. Deutschland würde auf diese Weise eine direkte Verbindung mit Ostpreußen erlangen, und dafür würde Deutschland alle Grenzen Polens anerkennen. Das Verhältnis Deutschlands zu Polen würde ähnlich dem Verhältnis Deutschlands zu Frankreich werden und es könnte politisch und wirtschaftlich eine polnisch-französisch-deutsche Verständigung erfolgen, etwa nach der Art der Treuhandei. Diese Vorschläge haben sich in einem mehr oder weniger wohlwollenden Tone in Zentrum, liberalen und demokratischen Blättern Deutschlands gezeigt.“

Der Abg. Diamand kommt dann auf einen Artikel mit den gleichen Ausführungen des österreichischen Pazifisten und dem hohen Kaiser zu sprechen und sagt, daß die Bedeutung der Ansicht Kalergis nicht auf seinem Ansehen, sondern auf seinen Beziehungen zu polnischen Politikern bestehe. Wörtlich sagt Diamand weiter:

Der Stand des Zloty am 7. Januar:

In Danzig: Für 100 Zloty 57,05
In Berlin: Für 100 Zloty 46,53
beide Notierungen vorbörslich

Bank Polen: 1 Dollar = 8,95
In Warschau inoffiziell 1 Dollar = 8,99½.

Mit dieser Tatsache verbindet man im Ausland allerlei Kombinationen. Diese finden Unterstützung durch das Schweigen der Regierung, die in außenpolitischen Kreisen seit langem hartnäckig still ist, wobei sie alle Gelegenheiten, sich über diese Dinge auszusprechen, meidet. Vielleicht wird der Außenminister Zaleski die Gelegenheit ergreifen, die sich auf dem parlamentarischen Boden bieten wird und die Ansicht der polnischen Regierung zu diesen zumindest sehr originellen Projekten kundtun.“

Der „Streit“ um Pommernellen im Lichte der polnischen Presse.

Warschau, 6. Januar. (Eig. Drahtbericht.) In der „Rzeczpospolita“ beschäftigt sich General Michaliski Henning in einem Artikel unter der Überschrift „Drohendes Memento“ mit der Korridor- und der Wilnafrage, und sagt, daß Deutschland die strategische Bedeutung Ostpreußens schon vor dem Kriege genau erkannt habe. Durch, daß man Deutschland Pommernellen wegnahm, habe man die Freiheit deutscher Kriegsoperationen längs der polnischen Grenze gehemmt, denn die wichtigsten ostpreußischen Eisenbahnlinien seien vom Mutterland abgeschnitten worden. Polen halte alle Eisenbahnübergänge über die Weichsel in seiner Hand und habe darum Deutschland eine Überfliegung Polens von Westen und Norden her unmöglich gemacht. Die Isolierung Ostpreußens sei Deutschland auch aus dem Grunde ungünstig, weil es ihm die Möglichkeit erschwere, dem bösen litauischen Buben“ die Hand zu reichen. Es gehe Deutschland nicht, so behauptet der General, um moralische oder ökonomische Bedingungen, es wolle Pommernellen hauptsächlich aus strategischen Gründen zurückhaben. Der General führt dann einen russischen Plan von der Festung Königsberg an, wonach diese Festung im Jahre 1912 705 Geschütze verschiedenen Kalibers gehabt habe. Da die Festung nun, nach Behauptungen des englischen Generals Morgan, der früher Mitglied der interalliierten Kontrollkommission in Deutschland war, 4000 Geschütze verschiedenem Kalibers habe, so seien 3000 dieser Geschütze für die Feldarmee bestimmt. Das Menschenmaterial sei systematisch ausgebildet und vorbildlich organisiert in den Abteilungen der Reichswehr und der Schupo. Der General will persönlich Informationen aus Danzig erhalten haben, daß das neutrale Land allein neun Infanterie-Regimenter im Kriegsfall stellen würde. Bisher sei die polnische Strafzenpolitik bequem, aber nur für kurze Zeit, warnt der General.

Der allpolnische „Kurier Warszawski“ veröffentlicht einen Artikel seines Korrespondenten in Reval (Estland), welcher behauptet, daß Deutschland Pommernellen hauptsächlich darum haben wollte, um eine direkte Verbindung mit Sowjetrußland herzustellen. Hindernisse für die direkte Verbindung Deutschlands mit Sowjetrußland seien Pommernellen, die deutsch-litauische Grenze und das Wilna-Gebiet. Doch sei für die Deutschen die deutsch-litauische Grenze das größte Hindernis. Deshalb wolle Deutschland eine Zollunion zwischen Ostpreußen und Litauen einzuführen. Die kürzeste Eisenbahnlinie von Deutschland nach Russland führe über Dirschau-Marienburg-Osterode-Kowno-Wilna-Minsk und dann weiter nach Moskau oder Homel-Kiew. Damit Deutschland über diese Eisenbahnlinie verfügen könne, sei es notwendig, daß es zunächst Pommernellen erlangen und das ferne Wilna an Litauen fallen.

Der Streit um Pommernellen trägt nach Ansicht dieses Artikelschreibers einen ausgeprochenen wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Charakter. Für Deutschland sei ein Wilna in polnischen Händen ein unüberbrückbares Hindernis, deshalb wolle Deutschland Wilna den Polen um jeden Preis aus den Händen reißen (?).

Reiseprüfungen in nichtpolnischer Sprache.

Trotz der Erklärung des Kultus- und Vizepremierministers Prof. Bartel, daß jede Privatschule, ohne Rücksicht auf die Unterrichtssprache, sämtliche Rechte einer staatlichen Anstalt erlangen kann, sofern sie auf einem entsprechenden Unterrichtsniveau steht und entsprechende Räume aufweist, fest die jüdische Presse ihre Kampagne gegen den Kultusminister im Zusammenhang mit seinem letzten Rundschreiben über die Sprache, in der die Reiseprüfungen abzulegen sind, fort. In diesem Rundschreiben heißt es wörtlich:

„Die Absolventen von Privatgymnasien ohne Rechte, die als Unterrichtssprache eine Sprache haben, die in den staatlichen Mittelschulen oder in den Privatgymnasien mit Rechten als Lehrfach behandelt wird, können die Reiseprüfungen in der Unterrichtssprache dieser Schule ablegen. (Danach können die Absolventen deutscher Privatgymnasien nur in deutscher Sprache geprüft werden.) Absolventen von Privatgymnasien ohne Rechte dagegen, deren Unterrichtssprache in den staatlichen Gymnasien oder Privatschulen nicht Lehrfach ist, haben das Abiturium nur in polnischer Sprache abzulegen.“

In den jüdischen Blättern ergreift nun zu dieser Angelegenheit der jüdische Abg. Grünbaum das Wort, um zu versichern, daß dieses Rundschreiben des Kultusministers tatsächlich nur gegen die jüdischen Rundschreiben des Kultusministers tatächlich ist. In den staatlichen Mittelschulen oder in den Privatgymnasien mit Rechten gebe es weder hebräisch noch jüdisch als Unterrichtssprach, und somit seien die jüdischen Schulen mit hebräischer oder jüdischer Unterrichtssprache von der Vergünstigung, die das Rundschreiben für die Lehranstalten der anderen nationalen Minderheiten vorsieht, ausgeschlossen.

Lediglich vom Minister hängt es ab, diesem Übel durch Verstaatlichung der Gymnasien mit hebräischer oder jüdischer Rechten an diese Instanzen abzuheben. Dies habe jedoch Vortel nicht getan und wolle es offenbar auch nicht tun. Die Juden würden schlimmer behandelt, als die anderen nationalen Minderheiten, man betrachte sie als Minderheit weiter oder der dritten Klasse. Das Ziel der polnischen Regierung gegenüber den Juden sei die Polonisierung. „Unsere Pflicht ist es“, so schreibt Mr. Grünbaum, uns dieser Politik durch einen rücksichtslosen Kampf um unsere nationalen Forderungen entgegenzustellen, die die Regierung nicht berücksichtigen will.“

Wird sich Briand behaupten?

Es war vorauszusehen, daß nach der Bildung des neuen französischen Kabinetts durch Poincaré der auf seinen Posten als Außenminister verbleibende Briand über kurz oder lang mit seiner Verhöhnungspolitik in einen schroffen Gegensatz zu dem neuen Ministerpräsidenten kommen würde. Darüber konnten auch die Versicherungen von beiden Seiten, im Interesse des Vaterlandes bei jeder Gelegenheit nachzugeben, nicht hinwegtäuschen. Der Standpunkt, den Poincaré seit vielen Jahren Deutschland gegenüber eingenommen hat, steht dafür viel zu schroff denjenigen Briands gegenüber.

Schneller als man erwarten konnte, ist der Gegensatz in das Kabinett hineingetragen worden. Poincaré hatte durch seinen Erfolg in der Stabilisierung des Frank einen großen Sieg über seine Gegner davongetragen; es ist zu erwarten, daß er diesen — wie schon etwas getrübt — Erfolg auch weiter ausnützen wird. Die Sitzung des Völkerbundrates im Dezember vorigen Jahres hat ihm Gelegenheit hierzu gegeben. Die Entscheidung über die in Genf zur Verhandlung stehenden Fragen wurde nicht an Ort und Stelle, sondern in Paris getroffen. An dieser Tatsache ändert nichts die vielen Versicherungen, daß in dem neuen Kabinett Poincarés auch über die Außenpolitik völlige Einigkeit herrscht. Dauernd wurde Briand, der bis vor einem Jahre noch in Frankreich der allmächtige Mann zu sein schien, von den Rechtsparteien angegriffen, dauernd wurden seine Maßnahmen einer hämischen und gehässigen Kritik unterzogen, so daß der Außenminister sich diesen Ton auf die Länge der Zeit nicht gefallen lassen konnte.

Briand ist jetzt zum Gegenangriff vorgegangen und hat in zwei Interviews, die er den Vertretern des „Matin“ und des „Journal“ am Neujahrstag gegeben hat, seine bisherige Außenpolitik zu rechtfertigen und nachzuweisen versucht, daß die von ihm eingeschlagenen Wege die einzige angängbare zum Wohl Frankreichs wie zur Befriedung Europas sind und sein können. Doch Briand hat sich nicht mit einer Rechtfertigung allein begnügt, sondern ist auch mit flaren Worten zu einem Vorstoß gegen seine Feinde getreten und hat ausdrücklich verlangt, daß über kurz oder lang das Ministerium wie die Parteien in der Außenpolitikخارה bebeknen müssen.

Es liegt auf der Hand, daß diese Kampfansage des französischen Außenministers in Paris und in ganz Frankreich das höchste Aufsehen erregt und schon jetzt einen Streit der beiden Parteien hervorgerufen hat. Die Rechtspresse greift Briand erneut in der schärfsten Weise an und erhebt gegen ihn den Vorwurf, daß er gerade jetzt, wo der innerpolitische Kampf etwas beigelegt sei, von neuem Unruhe hervorgerufen und diese aus dem Kabinett in die Kammer und darüber hinaus in das ganze Volk getragen habe. Man erinnert sich noch der großen Ausfälle, welche die Linkspresse gegen Poincaré erhoben hat, als dieser mit seiner Außenpolitik, besonders mit dem Ausreißfall völlig Fiasco gemacht hatte. Aber die Vorwürfe, welche von der Rechten heute gegen Briand erhoben werden, atmen einen noch viel feindlicheren Ton wie jene, und übertreffen an grober Deutlichkeit alles bisher Dagewesene.

Auf der anderen Seite begrüßen die Linkspäte den Entschluß Briands als eine Heldenat, da er den Kampf mit seinen Gegnern nicht gescheut und durch sein Vorgehen bereits den Vorteil errungen habe. Alkarheit darüber zu erlangen, mit welchen Waffen seine Gegner kämpfen werden. Poincaré ist seiner Sache anscheinend nicht so ganz sicher; denn aus seiner Umgebung wird gemeldet, daß er die von Briand geforderte Debatte in der Kammer aufschieben will, bis sich die große Erregung gelegt hat. Denn wenn auch Poincaré zur Zeit sich noch im Glück des Erfolges sonnen kann, so weiß man gerade in diesen Tagen einer neuen Frankenschwäche nicht, ob ihm das Glück auf die Dauer hold bleibt und ob es ihm gelingen wird, die Finanzkrise ganz nach Wunsch zu bannen. Er muß sich sagen, daß in Frankreich weite Kreise immer mehr der Verhöhnungspolitik Briands zuneigen und daß man auch in Kreisen der Wirtschaft und der Industrie einsehen beginnt, daß eine Annäherung an Deutschland für Frankreich und auch für Europa immer noch das Beste ist. Briand hat eine große Anzahl von Anhängern, die ihn im Kampfe gegen die Rechte sicherlich mit allen Mitteln unterstützen und ihn wegen seiner unstrittigen errungenen Erfolge unter keinen Umständen fallen lassen. Hat auf der anderen Seite auch Poincaré auf dem Gebiete, das das französische Volk zur Zeit am meisten beschäftigt, einen großen Erfolg errungen, wie ihn vorher keiner der als Finanzgenies gerühmten Politiker aller Parteien aufweisen konnte, so darf man nicht außer Acht lassen, daß seine Stellung nicht mehr so unerschütterlich ist, wie in den ersten Nachkriegsjahren. Als damals in Cannes (1922) die Verhandlungen zwischen Briand und den deutschen Vertretern gewisse Vorteile für die letzteren zu bringen schienen, griff Poincaré seinen Außenminister in der Kammer aufs heftigste an und berief ihn zur Berichterstattung nach Paris, ohne ihn nochmals zu der Konferenz zurückzurufen zu lassen. Der Vergleich dieses Vorgangs mit der gegenwärtigen Situation liegt auf der Hand. Briand hat auf den Vorfall in seinem Interview von selbst hingewiesen. Ob ihm daran liegt, Poincaré zu stürzen, mag dahingestellt sein. Jedenfalls wird an diesen Briand und Poincaré in der aller næächsten Zeit der Streit ausgetragen werden müssen. Wobei es nicht ausgeschlossen ist, daß von außen her Einflüsse stattfinden werden, denn es handelt sich bei dem gewaltigen Kampf um die Fortführung der französischen Außenpolitik nicht nur um das Schicksal Frankreichs allein, sondern auch um die nächste Zukunft des ganzen europäischen Kontinents.

Paris, 7. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Der französische Außenminister Briand hat seine Erholungsreise abgebrochen und wird voraussichtlich übermorgen in Paris eintreffen.

Deutsch-französischer Block.

Ausführungen des deutschnationalen Pressehefts für eine französische Zeitung.

Der Berliner Berichterstatter des Pariser „Journal“ hat auf Grund einer Anfrage von dem Pressechef der Deutschen Nationalen Volkspartei, v. Jaeklin, im Namen des Parteivorstandes eine längere Erklärung über die Bedingungen erhalten, unter welchen die Deutschen Nationalen Volkspartei bereit sei, die Regierung zu übernehmen oder an ihr teilzunehmen.

Es liege auf der Hand, so heißt es da, daß die Deutschen Nationalen Wert darauf legen, die Regierung in die Hand zu

nehmen. Wenn eine deutschationale Regierung eine Mehrheit nicht erreicht, so muß das Volk in die Lage versetzt werden, seinen Willen zu äußern durch Auflösung des Reichstages und durch Annahme von Neuwahlen. Was die Politik von Locarno anbelangt, so hat der Pakt von Locarno in Deutschland durch den Willen des Reichspräsidenten und der verschiedenen Kammern Gesetzeskraft erlangt. Die deutschationale Partei setzt der Ansicht, daß der Pakt nur einseitig zu ungünstigen Deutschlands spielt. Die Besetzung der Rheinlande widerspreche dem Art. 431 des Versailler Vertrages, der seit Locarno und Genf Tatsache geworden sei. Die Deutschen Nationalen Volkspartei verlangt deshalb die Räumung der Rheinlande, damit Locarno ein für beide Teile gleichwertiger Pakt werden könne. Was die Annäherung an Frankreich anlangt, so glaubt die Deutschen Nationalen Volkspartei, daß sich hinter diesem Worte der Völkerannäherung viel „Gegismus und Lüge“ verbirge. Warum weigere sich zum Beispiel Frankreich, das Rheinland zu räumen, wenn schon eine Annäherung an Deutschland vorgenommen werden soll? Jedenfalls werde die Deutschen Nationalen Volkspartei diese Frage auf, weil sie überzeugt sei, daß vor der Räumung keinerlei Annäherung zwischen den beiden Völkern möglich sei. Wenn aber diese Annäherung aufzustehe komme, und zwar auf der Grundlage der absoluten Gleichheit zwischen Frankreich und Deutschland, so wäre dies die beste Friedensgarantie, und kein Krieg wäre mehr möglich, wenn die Völker zwischen Weichsel und Atlantischen Ozean endgültig ausge-

söhnt seien.

Völkisch erklärt der deutschationale Pressechef:

Auf der wahrhaften Gleichberechtigung Frankreichs und Deutschlands beruht die Zukunft Europas. Ein Block der ausgesuchten Völker Frankreichs und Deutschlands könnte allein durch wirtschaftliche Verbündung ohne das Übermaß an Bewaffnung, das nicht bei Deutschland vorhanden ist, Europa auf die Dauer den Frieden verbürgen, und diesem Kontinent die bedeutende Rolle, die ihm nach vergangener Leistung zukommt, zwischen der östlichen und der westlichen Halbkugel sichern und bewahren. Ein auch in Zukunft möglicher Krieg würde außerhalb des starken politischen und wirtschaftlichen Festung sich abspielen, die den Atlantischen Ozean und die Weichsel als Sicherungsgräben besitzt. Er sollte nicht innerhalb dieses Festungsgeländes ausgefochten werden, denn wo auch immer innerhalb dessen Raumens der Kampf stattfinden würde, immer würden die Wirtschaft und die Menschen der ganzen Festung von der Weichsel bis zum Atlantik, östlich wie westlich des Rheines, davon den allergrößten Schaden und die größten Leiden zu ertragen haben.“

Das Blut Polens . . .

Nach einer Pariser Meldung der „Tägl. Rundschau“ kam es am 3. d. M. in Nancy während einer Sitzung des französisch-polnischen Verständigungskomitees zu aufsehenerregenden Zwischenfällen. General Wengand erklärte als Vorsitzender Polens habe mit seinem Blute den Versailler Vertrag ratifiziert und das Blut Polens wäre für die Sicherung des Friedens notwendig. Der anwesende Präsident des Moseldeputements protestierte lebhaft gegen diese Äußerung und verließ die Versammlung; ebenso auch andere Beamte. Hoffentlich erfährt man von beteiligter Seite Näheres über diesen in der vorliegenden Fassung noch etwas un durchsichtigen Zwischenfall.

Ein Bündnis der Angelsachsen?

Die „Agencia Wschodnia“ meldet aus London: Die Sensation des Tages bildet die Neujahrskundgebung des bekannten Besitzers mehrerer amerikanischer Zeitungen, Hearst, die erst gestern in der ganzen englischen Presse erschien. Hearst forderte alle englischsprechenden Völker auf, sich zu vereinigen, um den Frieden zu sichern. Der Aufruhr erreichte ein um so größeres Aussehen, als er sich gegen den Völkerbund und den Weltgerichtshof wendet. Hearst erklärt, daß die Tätigkeit des Völkerbundes wenig ergiebig sei; die Mitglieder des Bundes wären nicht imstande, in irgendeiner Weise eine Einheitsfront herzustellen, um einen dauernden Frieden zu verbürgen. Der Völkerbund sei nur ein Drakel, das eine gewisse Form besitze; es fehle ihm aber jede Substanz.

Die englische Presse nimmt im allgemeinen die amerikanische Erklärung kühf auf. Sie betrachtet sie als einen Trick der amerikanischen Wahlpolitik. Charakteristisch ist, daß der „Daily Telegraph“ auf Grund des Aufrufs von Hearst die Möglichkeit einer angelsächsischen Verbündigung zur Aufrechterhaltung des Friedens sowohl in Europa wie auch auf dem stillen Ozean annimmt, wo die Juarezien der Angelsachsen zusammentreffen und bemerkt, daß der Abschluss einer englisch-amerikanischen Verbündigung den Völkerbund sehr ernsthaft erschüttern müsse. Nach Ansicht des Blattes würde eine angelsächsische Verbündigung zu einem neuen Völkerbund führen, der dank den vorherrschenden politischen Einflüssen auf beiden Halbkugeln alle Staaten beherrschen werde.

Bernunft und Gerechtigkeit.

Gespräch mit dem amerikanischen Senator Borah.

Senator Borah, der Obmann des Senatskomitees für auswärtige Angelegenheiten in Washington, sagte in einem Interview mit dem Vertreter der „United Press“:

„Das wichtigste Ereignis am Beginn des neuen Jahres ist in vielscher Beziehung die vorgelegte Änderung der Politik der Großmächte gegenüber China. Diese Änderung ist ebenso plötzlich wie wichtig, und ich hoffe, daß sie auch dauernd und aufrichtig sein wird. Es tut einem wohl, zu bemerken, wie die Großmächte darin wetteifern, China gegenüber die liberalste Politik zu befürworten.“

Diese veränderte Haltung ist das Werk der öffentlichen Meinung. Es ist kaum ein Jahr her, daß die Anhänger der sozialkritischen Ideen in China, die man jetzt als Vertreter des nationalen Gedankens preist, als Kommunisten gebrandmarkt worden sind. Es sind nun über drei Monate seit der brutalen Massakerierung der chinesischen Bevölkerung in Wanhsien, die so recht die alte europäische Politik der Gewalttätigkeit zeigte. Aber von nun an wird uns versichert, werden wir die chinesische Nation auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Gerechtigkeit behandeln.

Das zweite wichtige Ereignis des neuen Jahres ist, daß sich einige Petrolemgesellschaften in Mexiko bereit gefunden haben, den mexikanischen Gesetzen zu gehorchen und diesen Gesetzen entsprechend ihre Besitztitel zur Überprüfung eingereicht haben. So wird wenigstens gemeldet; sollte die Meldung wahr sein, dann würde sie bedeuten, daß Bernunft und Gerechtigkeit an Stelle von Betrug und Gewalttätigkeit treten sollen. Auch hierin zeigt sich der Einfluß der öffentlichen Meinung in öffentlichen Angelegenheiten. Und das ist ein Grund der größten Genugtuung. Öffentliche Diskussion und öffentliches Interesse an Angelegenheiten der auswärtigen Politik sind durchaus willkommen zu heißen. Es ist Sache der öffentlichen Meinung, diejenigen, denen die Leitung der auswärtigen Politik anvertraut ist, auf dem rechten Wege der Gerechtigkeit und des internationalen Anstandes zu halten.“

Bravo! Daß diese einsichtige Kundgebung von einem führenden Außenpolitiker des Wilsonlandes stammt, macht sie besonders wertvoll.

Borah gegen die Schuldfrage.

Zum Jahreswechsel haben führende Persönlichkeiten des amerikanischen politischen Lebens dem amerikanischen Vertreter von WBW Äußerungen zur Verfügung gestellt, in denen sie dem deutschen Volk ihre besten Wünsche für das kommende Jahr übermitteln. Der Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses des Senates, Senator W. E. Borah, äußerte u. a.:

Die am meisten in die Augen fallende Ungerechtigkeit im Versailler Vertrag ist wohl die Stelle, durch die Deutschland allein die Verantwortlichkeit für den Weltkrieg aufgerichtet wird. Wenige haben diese Behauptung in der Zeit geglaubt, als sie in der Vertragsurkunde niedergelegt wurde, und weit aus weniger noch glauben jetzt daran. Ich hoffe, die Zeit ist nicht mehr fern, wo diese handgreiflich ungerechte Anschuldigung umgestoßen und ein für alle mal fassiert wird.

Polen lehnt Galonders Entscheidung ab.

Berlin, 5. Januar. Wie das „B. T.“ aus Katowitz meldet, hat die polnische Regierung dem Präsidenten der gesuchten Kommission für Oberschlesien, Galonder, mitgeteilt, daß sie seine Entscheidung in der Frage der deutschminderheit Polens ablehne. Diese Mitteilung der polnischen Regierung bedeutet, so schreibt das Blatt, die Ablehnung des Artikels 131 des Generalkommens, wonach die Erklärung des Erziehungsberichtigen allein entscheidend ist, ob ein Kind zur deutschen Minderheit gehört oder nicht.

Republik Polen.

Dr. Graybowksi geht.

Warschau, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Von gut unterrichteter Seite erfährt unser Warschauer Vertreter, daß der Chef des Kabinetts beim Ministerpräsidenten, Dr. Graybowksi, Mitte Januar seine Demission erhalten werde.

Wann tritt der Sejm zusammen?

Warschau, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Aus parlamentarischen Kreisen erfährt unser Warschauer Vertreter, daß die nächste Vollziehung des Sejms zwischen dem 20. und 25. Januar einberufen wird. Der Sejm wird dann sofort mit der zweiten Sitzung des Staatshaushalts für das Budgetjahr 1927/28 beginnen.

Die ukrainische Universität.

Der ukrainische „Dilo“ nennt die Aktion Holowkos, des Sachverständigen der Minderheitensektion beim Ministerrate, der, wie bereits gemeldet, in Prag mit den Vertretern der ukrainischen Emigranten wegen Gründung einer ukrainischen Universität in einer anderen ostgalizischen Stadt als Lemberg verhandelt, eine Provokation der ukrainischen Öffentlichkeit. Das Blatt schreibt, die in der Emigration lebenden ukrainischen Gelehrten hätten kein Recht, die ukrainische Öffentlichkeit zu repräsentieren und irgendwelche Abmachungen betreffend die Gründung einer ukrainischen Universität in Polen zu treffen. Diese können nach dem Blatte mir auf der politischen Plattform im Wege einer direkten Verständigung zwischen der polnischen Regierung und der politischen Representation des ukrainischen Volkes in Polen gelöst werden.

Deutsches Reich.

Wer wird Reichskanzler?

Wie reichsdeutsche Blätter melden, wird der Reichspräsident voraussichtlich den bisherigen Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius mit der Neubildung des Reichskabinetts beauftragt, der vielleicht in der Lage wäre, ein Minderheitskabinett zu bilden, das sich der Neutralität der Deutschen Nationalen Volkspartei erfreuen würde. Sollte die Mission des Ministers Curtius scheitern, so dürfte sich Hindenburg des Zentrumsabgeordneten und früheren preußischen Ministerpräsidenten Adam Stegerwald erinnern, der zwar auf dem rechten Flügel seiner Partei steht, aber trotzdem in der Lage wäre, eine neutrale Haltung der Sozialdemokratie zu erreichen. Außerdem trifft noch eine Kandidatur des Führers der Bayerischen Volkspartei, des Prälaten Dr. Leicht, in den Vordergrund, der eine bürgerliche Mehrheit von den Deutschen Nationalen bis zum Zentrum und der Demokratie hinter sein Ministerium bringen soll.

Es soll wieder Orden und Titel geben.

Die kommende Regierung, die um Mitte Januar gebildet werden soll, wird unter den vom dritten Kabinett Marx hinterlassenen Entwürfen auch den einer Änderung des Artikels 109 der Reichsverfassung vorfinden. Der Artikel 109 bestimmt u. a. im vierten Absatz: „Titel dürfen nur verliehen werden, wenn sie ein Amt oder einen Beruf bezeichnen; akademische Grade sind hierdurch nicht betroffen.“ Und im fünften Absatz: „Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht verliehen werden.“

Der — vom Kabinett Marx nicht mehr beratene — Gesetzentwurf sieht die Änderung des Artikels 109 in dem Sinne vor, daß die Bestimmungen über Titel, Orden und Ehrenzeichen (auch die über ausländische Auszeichnungen) in Wegfall kommen, so daß Titel und Orden wieder verliehen werden. Welche Ordensauszeichnungen und Titel von der Republik geschaffen und wie das Verleihungsrecht geregelt werden soll, sollte durch ein besonderes Gesetz bestimmt werden. Das erste verfassungsändernde Gesetz könnte vom Reichstag natürlich nur mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden.

Aus anderen Ländern.

Zwei Berliner Spezialisten nach Bukarest berufen.

Der „Daily Mail“ wird aus Bukarest gemeldet, daß das Befinden des Königs Ferdinand sich neuerdings wieder verschlechtert hat und die beabsichtigte Reise nach Paris zur Konsultierung der Kräfte des Pasteurinstifts, nicht vor sich gehen kann. In aller Eile seien zwei Berliner Spezialisten telegraphisch gebeten worden, sich nach Bukarest zu begeben.

Häufige Straßenkämpfe in Hankau.

London, 7. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Lage in Hankau wird immer ernster. Alle Bevölkerungsklassen befinden sich im Aufruhr gegen die Engländer. Der amerikanische Generalkonsul hat seiner Regierung telegraphiert, daß die vollständige Rücknahme Hankaus durch die Ausländer in den nächsten Tagen erforderlich sein wird. Die englische Regierung hat beschlossen, neun weitere Torpedobootszerstörer nach China zu schicken.

Nach den letzten Nachrichten aus Shanghai sollen in Hankau häufige Straßenkämpfe stattgefunden haben. Schiffe mit Flüchtlingen haben den Hafen verlassen. Seit den letzten Meldungen über die Kämpfe fehlen jegliche Nachrichten aus Hankau, was in Shanghai als ein verdächtiges Zeichen gedeutet wird.

Bromberg, Sonnabend den 8. Januar 1927.

Pommerellen.

7. Januar.

Graudenz (Grudziądz).

A. Der Weichselwasserstand zeigt keine wesentliche Veränderung. An der rechten Seite herrscht auf etwa ein Viertel der Strombreite Eisstreifen. Die Schollen gehen dort recht dicht.

Der Mittwoch-Wochenmarkt war nur gering besucht, nur Butter wurde stark angeboten. Es wurden folgende Preise erzielt: Butter 2,40—2,80, Eier 4,00, Kartoffeln (nur schwaches Angebot) 5,00, Zwiebeln 0,25. Ferner kostete Weißfisch 0,15, Grünkohl 0,50, Mohrrüben 0,08—0,10, Brüken 0,10, Apfel 0,40—1,00, Birnen 0,40. Der Fischmarkt war nur schwach besucht. Es kosteten: Bander 2,50, Schleie 2,50, Karpenfisch 1,80, Hechte 1,60—2,00, Barsche 1,00—2,00, Brotzeit 0,80—1,50, Plätze 0,40—0,80, Alkohol 1,20 pro Pfund. Der Geflügelmarkt war schwächer besucht. Es kosteten: Gänse 1,80 pro Pfund, junge Hühner 2,50—3,50 pro Stück, Suppenhühner 3,50—5,00, Enten lebend 5,50—7,50, junge Tauben 1,00 pro Stück. Der Fleischmarkt war ausreichend besucht. Es wurde gezahlt für Schweinefleisch 1,80—1,90, Rindfleisch 1,00—1,20, Kalbfleisch 1,00—1,20, Hammelfleisch 1,00—1,10, Speck 1,80. Die kleine Einspannverfuhrte Spaltholz wurde mit 7,00—10,00 angeboten. Der Markt verlief schweigend.

Der Mittwoch-Schweinemarkt war recht gut besucht. Besonders stark waren Absatzkerkel vertreten, aber auch Läufer und mästföhige, sowie angemästete Schweine wurden ausreichend angeboten. Die Kerkelpreise sind ganz wesentlich gefallen. Man forderte zwar noch für Absatzkerkel pro Paar 60—80, war aber zufrieden, wenn man 50—60 Zloty erzielte. Für Läufer forderte man 150 Zloty für das Paar. Der Umsatz war aber nicht wesentlich. Die Geldknappheit beeinträchtigt noch immer Handel und Wandel.

An der Überführung der Culmerstraße über die Bahnhofstraße nach Laskowiz befindet sich an der steilen Böschung zu beiden Seiten ein Geländer aus Betonpfosten und Gasröhren. In der letzten Zeit ist wieder ein Teil der Pfeile umgerissen und die Röhren sind entfernt. Sie liegen an der Böschung umher. Da die Überführung nur schwach beleuchtet ist, können leicht Unfälle durch Hinabstürzen vorkommen. Zum Unterhalten des Geländers ist die Eisenbahnverwaltung verpflichtet. Es wäre aber erwünscht, wenn dem Überstande baldigst abgeholfen würde.

Vereine, Veranstaltungen &c.

Deutsche Bühne Grudziądz. Das mit so großem Beifall aufgenommene Weihnachtsmärchen "Rumpelstilzchen" wird am kommenden Sonntag, den 9. Januar 1927, nachmittags 1/2 Uhr, zum letzten Male als Volksvorstellung gegeben, und hierzu werden auf allen Plätzen für Kinder nur halbe Preise geahnt. Es soll dadurch Gelegenheit gegeben werden, daß die Kinder aus allen Kreisen die Vorstellung besuchen können, denn der letzte Platz kostet nur 50 Groschen einschließlich Garderobe und aller anderen Unkosten. — Für die Abendvorstellung wurde auf vielfachen Wunsch noch einmal "Stöpsel" angezeigt. Es ist dieses auch die letzte Aufführung des so witzigen Schwanzes, und auch für diese Vorstellung sind ermäßigte Eintrittspreise angesetzt worden. Es ist daher wohl zu erhoffen, daß diese Aufführungen aus allen Kreisen besucht werden.

(1177*)

Thorn (Toruń).

* Besiegung des Sanitätsrats Dr. Wolpe. Gestern wurde unter sehr großer Teilnahme seitens der Bevölkerung aller Schichten und Kreise aus Stadt und Land, wie aller drei Konfessionen beider Nationalitäten, Sanitätsrat Dr. Wolpe zu Grabe geleitet, der infosfern ein Opfer seines Berufes geworden ist, als das Auto, mit dem er am 16. Dezember zu einem Krankenbesuch nach Lubica (Leibisch) gefahren war, infolge altschägiger Beischafftheit der dortigen Straße umkippte. Ein Herzschlag als Folge der Erstickungen hat dann schnell dem Leben dieses hochgeehrten und infolge seiner vorurteilsfreien Menschenfreundlichkeit allgemein beliebten und sehr geschätzten Arztes ein Ziel gekehrt. Die große Zahl der Leidtragenden, sowie die übergroße Zahl der Kränzspenden gaben Zeugnis von der Beischäftigung, die sich Sanitätsrat Dr. Wolpe hier in 30jähriger Tätigkeit erworben hat. Auch die städtischen Körperschaften waren vertreten und hatten besonders schöne Kränze gespendet, die von Feuerwehrleuten dem Zuge vorangetragen wurden, was doch Dr. W. wie schon jahrszeitlang zu preußischer Zeit, so auch jetzt noch als Stadtverordneter tätig. Er gehörte der deutschen Fraktion an. In der Synagogengemeinde war er durch das Vertrauen seiner Glaubensgenossen zum Vorsitzenden gewählt worden. Am Sarge sprachen Rabbiner Dr. Freymann aus Posen, seitens der Synagogengemeinde widmete den Entschlafenen einen ehrenden Nachruf der zeitige stellvertretende Vorsitzende Rechtsanwalt Dr. Behr.

—dt Der Magistrat macht darauf aufmerksam, daß auf Grund der Polizeiverordnung vom 9. 12. 1912 § 11 es streng verboten ist, außer in der vorgesehenen Zeit, mit Dünger und dergleichen durch die Stadt zu fahren. Vom 1. Oktober bis 1. April darf in der Zeit von 10 Uhr abends bis 7 Uhr morgens, vom 1. April bis 1. Oktober erst von 11 Uhr abends bis 6 Uhr morgens mit Dünger usw. durch die Stadt gefahren werden. Das Laden des Dungers darf nicht auf der Straße gelassen. Außerdem muß jeder Hof rein gehalten werden und dürfen Gerüche erzeugende Abfälle nur in verschlossenen Behältern aufbewahrt werden. Zu widerharden werden streng bestraft. Obiges betrifft hauptsächlich Gärtnerei und Landwirte aus dem Landkreis, welche aus Lazern, Gastwirtschaften usw. Dünger beziehen und aus Unkenntnis nicht in der vorgesehenen Zeit den Dünger abholen. Hierbei sei bemerkt, daß Unkenntnis nicht vor Strafe schützt!

* Fahrraddiebstahl. Bei einem gelegentlichen Aufenthalt des Landwirts Richard Jahnke wurde demselben sein fast neues Fahrrad, welches er für kurze Zeit vor einem Geschäft stehen ließ, gestohlen. Die sofort benachrichtigte Polizei fand das Fahrrad auf einem Ackerfeld hinter der Stadt, woselbst es jedenfalls der Dieb aus Angst vor Entdeckung gelassen hat.

* Diebstähle. Aus dem Laden des Kaufmanns Ernst Mühlmann stahlen Diebe mittels Einbruchs große Mengen Sohlen- und Oberleder und allerlei Schusterhandwerkzeug. — Dem Kaufmann W. Dybowski stahlen Diebe für über 5000 zł Anzüge! Von den Dieben fehlt jede Spur.

* Gdingen (Gdynia), 6. Januar. Der Industrie- und Handelsminister Kwiatkowski hat sich von Warschau aus am 5. d. M. nach hier begeben, um an der heute stattfindenden Einweihung in Frankreich gekauften Schiffen der polnischen Handelsmarine teilzunehmen. — Gestern ist hier auch der vierter Dampfer "Katowice" eingetroffen. — Die polnische Regierung hat einem französischen Unternehmen die Konzession zum Bau eines Kanals der Strecke Oberschlesien — Gdingen erteilt.

Dieser Baubau erfordert für die 600 Kilometer lange Strecke ein Kapital von 300 Millionen Zloty. Trotzdem dem französischen Baukonsortium große Finanzunternehmen zur Seite stehen, ist es nicht in der Lage, die hierfür erforderlichen Mittel aufzubringen. In Anbetracht dessen hat die polnische Regierung mit einer belgischen Finanzgruppe Verhandlungen angebahnt, die die Absicht hat, für den Baubau ebenfalls englisches Kapital zu interessieren.

* Kiekrz (Kartuzy), 6. Januar. Die Staatsbahndirektion in Danzig teilt mit: Am 3. Januar, um 5,40 Uhr nachm., trat auf der Strecke Kandryz — Kiekrz, in Kilometer 46,6, vor Durchfahrt des von Kandryz nach Kiekrz fahrenden gemischten Zuges Nr. 3556 ein Rutsch des Bahndamms von 40 Centimeter Tiefe und 40 Meter Länge infolge Unterkunftung desselben ein. Der Zug Nr. 3556 wurde rechtzeitig angehalten. Infanteriedessen war die Strecke Kandryz — Kiekrz bis 8 Uhr 30 Minuten für den Zugverkehr gesperrt. Die Personenzüge Nr. 3556 und 3555 erlitten erhebliche Verspätungen. Reisende vom Zuge Nr. 3556 wurden nach Umsteigen an der Unfallstelle mit besonderem Zuge nach Kiekrz überführt.

Neuenburg (Nowe), 6. Januar. Der letzte Wochenmarkt in Neuenburg brachte so reichlich Butter, daß deren Preis von 2,20 auf 1,70 zurückging. Eier, nur wenig Angebot, kosteten 3,80—4,00 die Mandel. Industriekartoffeln wurden mit 5,00—6,00 der Zentner verkauft. Von Geflügel gab es nur Hühner mit 5,00—6,00 das Stück. Am Gemüsemarkt kosteten Mohrrüben 0,05—0,10, Brüken 0,15—0,20, Weißfisch 0,10, Rosen- und Grünfisch je 0,20—0,40, Rotfisch 0,20—0,25, Zwiebeln 0,25—0,30 je Pfund. Die Fischsorten fehlten ganz bis auf grüne Heringe, welche mit 0,70 je Pfund zu haben waren. — Eine Treibjagd fand am 4. d. M. auf dem gut gepflegten Jagdbrevier in Lallaun unweit Neuenburg statt. Von 16 Schützen wurden 18 Hasen erlegt. Jagdkönig wurde Ortsvorsteher Radomski I. Ein gemütliches Beisammensein mit Damen im Gastrause Mrowinski schloß sich an. — Zu einer ferneren Treibjagd hatte am vergangenen Mittwoch Oberamtmann Möller auf Gut Neuenburg (fr. Hübschmann) geladen. Von 8 Schützen wurden 20 Hasen zur Strecke gebracht.

p. Neukirch (Wejherowo), 5. Januar. Ein schwerer Autounfall, bei dem der Wagenlenker sein Leben einbüßte, ereignete sich gestern abend in Dingen. Der Domänenpächter Bieler aus Barnowitz, Kreis Pułtuski, brachte sein neu repariertes Auto heim. In einer schweren Biegung verlor der Chauffeur Anton Tempski die Gewalt über das Fahrzeug und es überschlug sich. Er wurde sofort getötet, während die anderen Insassen mit leichteren und schwereren Verletzungen zur liegenden Stadt gebracht wurden. Die Leiche des Tempski wird einer Obduktion unterzogen werden. Z. hinterließ Frau und zwei unmündige Kinder. — Ein recht böser Streich wurde den Inhabern des "Billigen Ladens" (Tani Sklep) gespielt, indem das große Schaufenster zur 3. Mai-Straße in der Nacht demoliert wurde. Gestohlen wurde nichts.

a. Schewi (Swiecie), 5. Januar. Gestern fand hier ein Pferdemarkt statt, der trotz des schlechten Wetters gut besucht war. Der Auftrieb von Pferden war ziemlich stark. Gute Arbeits- und Gebrauchspferde standen mit 300—500, schlechtere bzw. minderwertigere mit 200—300 Zloty im Preise. Auch hier waren die Züchter mit einer großen Anzahl von Pferden erschienen und suchten zum Ärger der Pferdehändler Geschäfte anzubauen. Im allgemeinen herrschte ein reger Handel. Nach der aufgehobenen Sperre war seit langer Zeit auch viel Rindvieh aufgetrieben. Für gute Milchkühe wurden 400—500, für schlechtere, alte Tiere 200—300 Zloty gezahlt. Jungvieh brachte 100—200 Zloty. Der Markt zog sich bis nachmittags hin. — Glücklich in Unfall ist. Am letzten Sonntag nach der Frühmesse war infolge des starken Aufstiegs, frisch gefallener Schnees ein großer Verkehr von Kirchenbesuchern auf dem Fußsteig. Ein vierjähriger Knabe ging vom Bürgersteig auf den Fahrweg, als ein Verdeckwagen mit zwei Pferden bespannt in voller

Fahrt von der Kirche ankam. Das Fuhrwerk fuhr auf dem weichen Schnee so leise, daß das Kind es nicht gehört hatte, die Pferde waren es um und es fiel so glücklich, daß es zwischen den beiden Pferden und dem Wagen in der Mitte lag, so daß der Knabe bis auf kleine Verletzung an der Hand unverletzt aufsah. Das aufschreende Publikum war erstaunt, daß das Kind am Leben und unverletzt war.

* Aus dem Landkreise Schewi, 6. Januar. Ein Gauernistüchchen. Ein Landwirt aus Zetsin begab sich mit einer Kuh nach Bokowiz zum Jahrmarkt. In weit von Bokowiz stieß er auf mehrere Männer, mit denen er sich bald in ein Gespräch einließ und die ihm die Kuh abschaffen wollten. Plötzlich erblickte einer der angeblichen Viehhändler ein Packchen mit fünftausend einen Dolar-scheinen. Der Landwirt aus Zetsin, darauf aufmerksam gemacht, behauptete nun, es wären seine Dolar-scheine. Hierauf entstand ein Streit, den man jedoch dadurch möglichst, daß demjenigen die Dolarnoten geboren sollten, der weitere amerikanische Geldscheine bei sich hätte. Einer der Viehhändler erhob sich, die Gelder der einzelnen nachzuprüfen. Auch der Besitzer einer Brieftasche, die ihm auch wieder zurückgegeben wurde. Erst zu Hause fand der Landwirt der Verlust seiner 400 Zloty auf, die ihm von den Männern entwendet worden waren. Das unterwegs gefundene Packchen enthielt falsche Dolarnoten und war von den Dieben zur Ausführung des Gauernists abgänglich verloren worden.

b. Strasburg (Brudnica), 5. Januar. Auf dem letzten Wochenmarkt wurden folgende Getreidepreise notiert: Weizen 24, Roggen 19,50—19,75, Gerste 17, Hafer 15 Zloty pro Zentner. Beifischweine kosteten 95 Zloty pro Zentner. — Eine Holzversteigerung veranstaltet die staatliche Oberförsterei Konstancjewo am Freitag, 14. d. M., im Saale Karth in Gollub (Golub). Zum Verkauf kommt Brennholz für den lokalen Bedarf.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Warshaw (Warszawa), 6. Januar. Selbst inmitten eines Offiziers in einem Tanzsaal. Montag nach um 2 Uhr nahm sich im Tanzsaal des Englischen Hotels in der Wierzbowa Straße der Lieutenant des 4. Husarenregiments Jan Bartmannski durch einen Revolverstich das Leben. — Und die Ursache zur Tat? Soll eine Negativin gewesen sein, die am Nachbartisch gesessen und an die er sich pit der Witte gewandt hatte, daß sie nicht tanzen möchte und die dennoch zu tanzen begann.

* Warschau (Warszawa), 5. Januar. (Eigener Drahtbericht) Bei einer durchgeföhrten Kontrolle wurden beim Zivilgericht in Krakau an der ul. Jana, große Unterschlägungen festgestellt, die der Gerichtsbeamte Johann Stoch begangen hat. Der Staatschau hat großen Schade an davongetragen. Stoch wurde verhaftet.

* Warschau (Warszawa), 5. Januar. (Eigener Drahtbericht) Der kühne Einbruch in die Warschauer Diskontobank mittels eines in zäher fünfmonatiger Arbeit hergestellten unterirdischen Gangs hat in Warschau Schrecken gemacht. Vor kurzem drangen Einbrecher nach Anlegung eines solchen unterirdischen Gangs in einen Spirituosenengel in der Vorstadt Praga ein. In der vergangenen Nacht gruben Einbrecher einen unterirdischen Gang nach dem Laden des Juweliers Jagodzinski in der ul. Nowy Swiat 42. Zum Glück hatte der Juwelier die teuersten Werksachen in einem feuer- und diebstahlsicheren Stahlkasten untergebracht. Zur Sprengung dieses Stahlkastens besaßen die Diebe nicht die notwendigen technischen Mittel. Da das Geschäft außerdem erleuchtet war, konnten sie nur in einer dunklen Ecke die unteren Schubladen plündern, wobei ihnen größere Werte nicht in die Hände fielen. Die Diebe sind bisher noch nicht ermittelt worden.

Graudenz.

Zum Beginn des neuen Geschäftsjahres empfehle ich

vorschrifts-Kontobücher

für einfache, doppelte und amerikanische Buchführung

Kopibücher, Wechsel- Kopierbücher

Schnellhefter, Briefordner.

Ordnungsmäßige Buchführung verhindert unrechtmäßige Steuer-Erhöhung.

Post-Bestellungen werden am Tage des Einganges erledigt.

Arnold Kriedte, Grudziądz Mickiewicza 3. Tel. 8.

Wegen Aufgabe des Haushaltswesens ist dies verhältnismäßig:

Chzinner, hell Eiche,

beist, aus grob. Büffet-

Kredenz, Tisch für 30

Per., 14 gedolstete

Stühle, Teppich v. p.

Schlafzimmers, sehr

wertvoll mit 1 grob.

u. 2 fl. Schränke, Frü-

hertialette, Sofe mit 2

Sofeln, Chaiselong,

Billardtisch, komplett,

Smirna-Zippé

1,25—5,70, 4,25×4 m u.

andere, Smirnatrep-

pen-Läufer, Schni-

grank (Original im

Nürnberger Museum),

sielelekt. Bronze-

Kronleuchter, Lam-

zen usw. Öffert, ant.

S. 1109 an die Gesell-

Arnold Kriedte.

Kirch. Nachrichten.

Sonntag, d. 9. Jan. 1927.

(1. S. n. Epiph.)

Evangel. Gemeinde

Grudziądz, Bem. 10

Uhr. Pf. Dieball, 11/2

Uhr. Kinderottesdienst.

Pfr. Dieball. Nachm. 3—7

Uhr. Soldatenheim, Her-

berge. Mittwoch, nachm.

5 Uhr. Bibelstunde.

Stadtmission Grud-

ziądz, Odrodzenia Nr. 11.

Nachm. 4 1/2, Uhr. Jugend-

bund. Nachm. 6 Uhr.

Gottesdienst. Donner-

stag, abends 7 1/2 Uhr. Bibel-

stunde.

Radom (Rehden), Bem.

10 Uhr. Gottesdienst. 1/2, 1

Uhr. Kinderottesdienst.

Nachm. 3 Uhr. Jugendver-

einigungen.

Am 4. d. Mts. verstarb nach einem arbeitsreichen Leben unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frau

Anna Prisle

geb. Horn

im fast vollendeten 76. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Fritz Prisle, Bäckermeister.

Bydgoszcz, den 7. Januar 1927.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. d. Mts., nachm. 1 Uhr, von der Leichenhalle des neuen evgl. Friedhofes aus statt.

Erfolgr. Unterricht
i. Franz., Engl., Deutsch
(Gram., Kontri., Handelsforsh., etc.), frz.,
engl. u. deutsche Übersetzung fertigen an

T. u. A. Turbach,
(sgl. Aufenth. i. Engl. u.
Franz.). Cieszkowski
(Moltkestr.) 11, I. 1. 4849

Atelier
des Kosmetikers
Ejymont.
Behandlung bei Haarausfall u. Hautunreinheiten.
Pflege des Gesichts und der Haut.
Kosmetische Massagé.
Dworekowa 66.

Unterricht
in Buchführung
Maschinenschreiben
Stenographie
durch
Bücher-Revisor
G. Vorrau
Jagiellońska 14.

Statt besonderer Karten.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und für die überaus reichen Kronvpanden bei dem Heimgang unseres teuren Entschlafenen, des Eisenbahn-Überassistenten a. D.

Rudolf Schulz

lügen wir auf diesem Wege allen unseren herzlichsten Dank.

Besonders danken wir Herrn Pfarrer Sichtermann für die trostreichen Worte am Sarge sowie allen, die zur beideren Ehrung des Hingerückten beigetragen haben.

Im Namen der Hinterbliebenen

Luisa Schulz geb. Parlow.
Bydgoszcz-Orle, d. 5. Januar 1927.

881

Städtische Gasanstalt zu Bydgoszcz
hat ständig abzugeben:

Benzol, rein, hell
prima Qualität

en gros u. en detail, zu konkurrenzlosen Preisen
sowie auch

Gaskoks zu sehr niedrigen Preisen.

Brennholzverkauf
nach Vorrat.

Vom Freitag, den 14. Januar 1927 findet im Gathau e. des Herrn Delewski, Sartowice, ein Verkauf von Brennholz aus den Schubkarren Grabowiec und Swietek statt. Barzahlung im Termin Bedingung. Weitere Verkaufsbedingungen werden im Termin bekannt gegeben.

Gräfl. Forstverwaltung Sartowice,
pow. Swietek.

In unserem Verlage ist erschienen:

Friedrich Just

Aus dem Netzebau

Preis 3.— zt.

Das Buch ist fesselnd geschrieben und dürfte jedem Deutschen in Polen, der seine Heimat liebt, ein gern gesehenes Geschenk sein.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen, wo nicht vorrätig, direkt durch den Verlag von

A. Dittmann T.z.o.p.
Bydgoszcz (Bromberg).

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie der Fleischer-Innung, insbesondere Herrn Pfarrer Hefele, untern

herzlichsten Dank.

Familie Buchols.

Zurückgekehrt!

Frauenarzt Sanitätsrat

Dr. Kantorowicz
Poznań, ul. Seweryna Mielżyńskiego 1
Frauenklinik.

1162

Patentanwalt

Dipl.-Ing. Winnicki,
Bydgoszcz, Plac Wolności 2,
empfängt alljährlich von 9-12 u. 2-5
außer Mon. ag.

8314

Achtung!

Habe die

Holländer Windmühle

in Rywald hl. gepachtet und wieder in mahlfähigen Zustand gebracht. Bitte die werten Besitzer von Rywald und Umgegend um gef. Unterstützung.

Prompte und reelle Bedienung zugesichert.

Achtungsvoll

Otto Ruhn, Rywald Szlachecili,

pow. Grudziadz.

Violinstunden wird,

erstellt. Anfänger 1 zt., zu leihen gesucht für

Kleines Café, Fortgeschritten 1,50 zt.

Annahme v. 1-3 nachm.

Profil. Jadwig 13, gegen monatl. Miete.

Abol. Jadwig 13, öff. unt. 874 an

1 Treppa links. 888 die Geschäftsst. d. Stg.

Klavier

erstellt. Anfänger 1 zt., zu leihen gesucht für

Kleines Café

gegen monatl. Miete.

Abol. Jadwig 13,

</div

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 7. Januar.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für Osteuropa
Kälte mit leichten Schneefällen an.

Der Wasserstand der Weichsel betrug heute 10 Uhr bei Brahemünde + 5,74, bei Thorn etwa + 3,50 Meter. — Ein nur geringes weiteres Steigen wird noch erwartet. Die Weichsel führt auf der ganzen Breite Eis.

In ein Preseprozeß gelangte am Mittwoch, 5. d. M., vor der ersten Strafkammer des Bezirksgerichts zur Verhandlung. Wegen Vergehens gegen § 20 des Pressegesetzes hatte sich der verantwortliche Redakteur des „Dziennik Bydgoski“, Henryk Nysaewski, zu verantworten. In Nr. 210 vom 12. September d. J. erschien in genannter Zeitung ein Artikel „Das schlechte Urteil der Generalstaatsanwaltschaft in Posen.“ Auf Grund dieses Artikels stellte die Generalstaatsanwaltschaft Strafantrag. Der Angeklagte erklärte, daß er den inkriminierten Artikel nicht selbst geschrieben habe, vielmehr stamme der Artikel von einem bewährten Mitarbeiter, der ihn, da er auf wahren Tatsachen beruhete, verfaßte und zur Veröffentlichung überbrachte. — Der als Zeuge vernommene lebige Siegelebiger Strzała bestand, im Jahre 1920 mit einem Janikowski zusammen zwei staatliche Güter gekauft zu haben. Später erhielt dann jeder ein Gut für sich. Während Zeuge zwei Millionen einlegte, legte J. nur $\frac{1}{2}$ Million Mark ein. Der mit dem deutschen Vorbesitzer vereinbarte Vertrag lautete aber auf den Namen des Vorbesitzers. Weil nun Zeuge größere Arbeiten auf seinem Gute ausführte, erregte dies den Neid des Janikowskis. Letzterer erzielte auf Grund einer unrichtigen eidesstattlichen Versicherung, daß die Wojewodschaft dem Zeugen einen Zwangsverwalter einzetzte. Da nun Janikowski behauptete, daß ihm beide Güter gehören, wurde dem Zeugen sämtliches tote und lebende Inventar fortgenommen. Hierauf wurde Zeuge gegen die Wojewodschaft flagbar und gewann auch bei dem Graudenzer Bezirksgericht den Prozeß. Daraufhin hob die Wojewodschaft im November 1925 die Zwangsverwaltung auf. Als gerade die Aufhebung durchgeführt werden sollte, kam von der Posener Generalstaatsanwaltschaft die telegraphische Anweisung, die Aufhebung der Zwangsverwaltung nicht durchzuführen, da sie damit nicht einverstanden sei. Durch diese Anweisung wurde erreicht, daß durch das Kreisgericht in Schwedt die abormalige Zwangsverwaltung angeordnet wurde. Nunmehr lagte Zeuge beim höchsten Gericht in Warschau gegen den Staat und erreichte, daß die Generalstaatsanwaltschaft die Verfügung der Zwangsverwaltung zurückzog und sich verpflichtete, sämtliche entstandene Kosten zu tragen. Zeuge erlitt im ganzen einen Schaden von ca. 600 000 zł, die ihm die Staatskasse erteilen wird. — Der Staatsanwalt hält die Anklage aufrecht und stützt sich darauf, daß der Angeklagte den Inhalt des beanstandeten Artikels kannte, deswegen sei eine Fahrlässigkeit ausgeschlossen. Der Angeklagte habe in dem Artikel beleidigende Ausdrücke gebraucht, die nach § 185 Str.-G.-B. und § 20 des Pressegesetzes strafbar seien, deshalb beantragte er eine Strafe von einem Monat Gefängnis. — Der Angeklagte erwidert, daß es seine Pflicht als verantwortlicher Redakteur war, auornale Zustände im Staate zu geiheln. Um diese Zustände aufzudecken, ließ er den Artikel einsetzen; Strzała suchte drei Jahre hindurch sein Recht, jetzt endlich bekam er es, also sei der Wahrheitsbeweis erbracht. — Nach kurzer Beratung verkündet das Gericht ein freisprechendes Urteil. In der Begründung wird hervorgehoben, daß auf Grund der Aussagen des Zeugen Strzała erwiesen sei, daß von den Behörden zweimal Beschlag auf die Domänen gelegt wurde. Es liegt im Interesse des Staates, solche Fakten in der Vermölung aufzudecken. Von einer Schulds des Angeklagten könne daher keine Rede sein. — Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last.

Ein Pferdemarkt findet am Dienstag, den 11. Januar, in Bromberg am städtischen Schlachthof statt. — Der Auftrieb von anderem Vieh ist verboten.

Der deutsche Handwerkerverein, Ortsgruppe Bromberg, hielt gestern eine sehr gut besuchte Versammlung im Biwakino ab, auf der Sejmabgeordneter Gräbe über verschiedene Wirtschaftsfragen sprach. Außerdem hielt Privatanwalt Hertel einen Vortrag über das neue Stempelsteuergesetz. Einen längeren Bericht über die Versammlung veröffentlichen wir in der morgigen Nummer unseres Blattes.

Gegen die Belästigung der Fußgänger durch schnellfahrende Autos will man jetzt entschieden einschreiten. Die Polizei wendet sich in einer Bekanntmachung gegen das rücksichtlose Fahren der Kraftwagenführer, die während des Tauwinters die Passanten mit Schmutz- und Schneewasser erheblich besprühnen. Unbeschadet der Schadenersatzansprüche, die die betroffenen Personen etwa gegen den Wagenlenker richten, wird jetzt von Amts wegen das Besprühen der Straßenpassanten als grober Unzug durch Strafvorschrift geahndet werden. — In Bromberg? — Leider nein: in Königsberg, obgleich auch wir es dringend nötig hätten.

Verchwinden ist der Bäckerlehrling Robert Herbst, geboren am 30. 11. 1910 in Mitscherheim. Kreis Wongrowitz. Der Vermisste war bei einem hiesigen Bäckermeister in der Lehre. Er packte während der Feiertage seine Sachen, um sich zu den Eltern zu begeben. Dort ist er jedoch nicht eingetroffen. Er war blond, trug einen Scheitel, hatte graue Augen, längliches, blasses Gesicht, ist 1,50 Meter groß, trug einen blauen Anzug, schwarze Schnürschuhe und graue Sportmütze. Auskunft über den Verbleib des Knaben erbittet die Kriminalpolizei.

Einbrüche und Diebstähle. Vom Boden des Obersten Obwitschi, Roonstraße 5, stahlen Einbrecher einen Pelz und ein Kleid. — Ein Herrensattel wurde einem Victor Gancinski aus dem Kreise Schwedt gestohlen. Es handelt sich um ein Rad Marke Brennabor Nr. 579 670 im Werte von 200 zł. — Ans der Innentasche des Mantels wurde einem hiesigen Herrn die Brieftasche mit 2000 złoty Inhalt und ein Sparbuch auf die Summe von 1500 złoty der hiesigen Kreissparkasse entwendet. — Einem Arnold Kurkowski wurde eine Pelzjacke gestohlen.

Verhaftet wurden zwei Diebe, zwei Herumtreiber und ein Bettler.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Werkmeister-Verein in Polen. Kollegen! Sonnabend, den 8. Januar 1927, um 7 Uhr: Monatsversammlung. Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten. Der Vorstand. (876)

ak. Nafel (Naflo), 7. Januar. Unglücksfall. Infolge der Glätte fiel dieser Tag der Schmiedemeister Kiel hin und hat sich solche Verletzungen angerichtet, daß er an den Folgen starb. Kiel war ein alter geehrter Bürger unserer Stadt.

ak. Posen (Poznań), 6. Januar. Die Kasse des Landratsamtes zu bestehlen versuchten am Silvesterabend bis jetzt noch nicht festgestellte Diebe. Da ihnen der feuerfeste Geldschrank widerstand, leistete, versuchten sie ihn in die Mitte des Raumes zu ziehen. Dadurch entstand aber ein solcher Lärm, daß der Portier geweckt wurde, der dann sofort nach der Polizei lief. Nach seiner Rückkehr war

aber schon niemand von den Einbrechern zu sehen. — Erhängt hat sich in seiner eigenen Wohnung Judentrake der frühere Restaurateur Roman Adamski. Die Motive zur Tat wurden noch nicht festgestellt. — Einer großen Geldfälschung auf die Spur gekommen ist gestern die Polizei. Seit einiger Zeit bemerkte man, daß ein vierzehnjähriger Knabe in verschiedenen Geschäften für falsche fünfzötlische kleine Einkäufe besorgte und den Rest dann einem draußen wartenden Herrn gab. Gestern gelang es, den Knaben sowie die ganze Falschmünzerbande, d. h. drei Frauen und zwei Männer festzunehmen. Es wurde festgestellt, daß sie 600 falsche fünfzötlische und 200 zweizötlische in Umlauf gesetzt hatten. — Ein anderer Falschmünzer, namens Stefan Mieczkowski aus Posen, von Beruf Schuhmachergeselle, meldete sich gestern bei der Polizei und legte ein renomiertes Geständnis ab, nämlich 50-Zötlinoen gefälscht zu haben. Er wurde zwecks weiterer Untersuchung in Untersuchungshaft behalten.

Freie Stadt Danzig.

* Danzig, 6. Januar. Verhindelter Selbstmord. In der Nacht zum Dienstag sprang die jugendliche Arbeiterin Gertrud Kaiser von der Langen Brücke in selbstmörderischer Absicht in die Mottlau. Von drei jungen Leuten, die sich auf einem Schleppdampfer befanden, wurde die Lebensmüde, die ihrer Rettung übrigens heftigen Widerstand entgegensezte, den kalten Fluten entrissen.

Aus den deutschen Nachbargebieten.

* Elbing, 6. Januar. Trauriges Ende eines Ausfluges. Wyzelehrer Galle, Postinspektor Horn und Sohn wollten über das Haffsee Kahlberg aufsuchen. Sie verirrten sich aber auf dem Haff, so daß sie statt in Kahlberg vor „Neue Welt“ eintrafen. Dort gerieten sie auf eine schwache Stelle der Eisdecke, wahrscheinlich auf die leicht überfrorene Fahrinne der Fischer, so daß alle drei alsbald im Wasser lagen. Der Vorfall wäre nicht weiter schlimm gewesen, da das Wasser an jener Stelle nicht sehr tief ist. Aber der Schrecken und das eisige Wasser bewirkten bei dem jungen Horn einen Herzschlag, der seinem Leben ein Ziel setzte.

Wirtschaftliche Rundschau.

Weitere Zinserhöhungen geplant. Wie die „PAT“ meldet, hat sich der Finanzminister an die Vorsitzenden der Staatsbanken mit dem Ersuchen gewandt, den Zinsfuß, der von diesen Banken bei Kreditgewährungen erhoben wird, herabzusetzen. Im Zusammenhang hiermit wird der Zinsfuß der Staatsbanken von 13 auf 12 Prozent im Jahr ermäßigt. Im gleichen Maße werden auch die Zinssätze bei Krediten anderer Art herabgesetzt.

Der Ertrag aus dem Spiritusmonopol. Der Finanzplan der staatlichen Spiritusmonopol-Direktion für 1927/28 sieht Einnahmen in Höhe von 575 000 000 złoty vor, wobei die voraussichtliche Vergrößerung des Spiritusverbrauchs um 20 000 Hektoliter berücksichtigt ist. Da die Ausgaben des Monopols für diesen Zeitraum in Höhe von 241 Millionen veransagt sind, wird der finanzielle Ertrag aus dem Spiritusmonopol im Jahre 1927/28 gegen 334 Millionen ausmachen.

Die Streitgefahr in den polnischen Industriegebieten. Die Streitgefahr im Dombrówkaer Kohlenrevier kann nunmehr als bestigt gelten. In einer am 29. Dezember nach Warthausen im Arbeitsministerium einberufenen Konferenz von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des genannten Bezirks einigte man sich dahin, die Schichtlöhne um 7,7 Prozent und die Akkordlöhne um 5 Prozent zu erhöhen, sowie die sozialen Zusätze bei den Schichtarbeitern um 9 Prozent, bei den Akkordarbeitern um 6 Prozent aufzubessern. Das von beiden Parteien unterzeichnete Abkommen gilt zunächst für die Monate Dezember und Januar. Die Arbeiter hatten ursprünglich eine Lohn erhöhung von 20 bis 25 Prozent ab Dezember verlangt, während die Grubenbesitzer auch die durch den Schiedsspruch vom 10. Dezember für das ostpreußische Revier festgesetzten Lohn erhöhung (für den Bergbau um 8 Prozent) als zu hoch erachtet und darauf bestanden hatten, daß die Arbeiter auf einen bezahlten Urlaub verzichten sollten. Der „Rzecznik polski“ aufgrund beabsichtigten übrigens die Vertreter der östlichen Industrie in Industrie, gegen den Schiedsspruch über die Lohn erhöhungen im Bergbau und der Grubenindustrie zu protestieren. Eine Aussicht, daß dieser Einpruck Folge gegeben wird, soll nach den Informationen des genannten Blattes jedoch nicht bestehen. In der polnischen Mühlendynastie, wo ebenfalls Streitgefahr besteht, ist den Arbeitern noch kurz vor den Feiertagen eine Lohn erhöhung von 10 Prozent und eine Weihnachtsgratifikation angelobt worden. In der Glasindustrie, wo die Arbeiter eine 10prozentige Lohn erhöhung fordern, ist es auch in der ebenfalls am 28. Dezember im Warschauer Arbeitsministerium stattgefundenen Konferenz nicht zu einer Einigung gekommen. Neue Verhandlungen dürften erst in diesen Tagen wieder aufgenommen werden.

Kohlenverschiffungen auf der Warthe. Um die Kohlen auszu führen aus Polen während des englischen Streiks möglichst zu steigern, hat man ebenso wie verschiffte Weißseile auch die Warthehäfen, namentlich Posen, für den Kohlenumschlag ausgenutzt. Zeitweise war der Kohlentransport auf der Warthe nach Stettin recht lebhaft, wenn auch meistens infolge der Überlastung der Eisenbahnen und Rahmenmangel keine großen Transporte in Frage kamen. Immerhin wurden im Juli, als diese Kohlenverschiffungen anfingen, auf der Warthe 1970 Tonnen Kohlen befördert, im August 12 750 Tonnen, im September 12 600 Tonnen und im Oktober 6651 Tonnen. Im November haben diese Kohlenverschiffungen aufgehört.

Altmarkt.

Posener Börse vom 5. Januar. Wertpapiere und Obligationen: 3½% und 4% Posener Kriegspfandbriefe 62,00. Bprosz. listy poż. Pozn. Ciemista Kredyt. 15,90. Bank aktien: Bank zw. Poz. (1000 M.) 4,10. Bank Przemysłowa (1000 M.) 0,50. Bank zw. Sarb. (1000 M.) 5,95. — Industriekontakt: Brom. Prototypus (50 M.) 16,50. Cegielski (50 M.) 15,00. Herzfeld-Viktoria (50 M.) 22,50. Dr. Roman May (1000 M.) 39,00. Unja (12 M.) 6,00. Wytworn. Chemiczna (1000 M.) 0,75. Tendenz: anhaltend.

Geldmarkt.

Der złoty am 5. Januar. Danzig: Überweitung 57,05 bis 57,20, bar 57,05–57,20. Rig a: Überweitung 64,00. Amsterdam: Überweitung 25,00. New York: Überweitung 11,75. Budapest: bar 62,70–64,20. Prag: Überweitung 370,87 bis 376,37, bar 371–374. Wien: Überweitung 78,34–78,84, bar 78,25 bis 79,25. Mailand: Überweitung 250. Berlin: Überweitung Warthausen 46,53–46,77. Überweitung Rattowitz 46,58–46,82. Posen 46,48–46,72 bar 46,06–46,54. Zürich: Überweitung 57,50.

Wrocławer Börse vom 5. Januar. Umsätze, Verlauf — Kauf. Belgien 125,55–125,86—125,24, Budapest —, Holland 361,10–362,00—360,20, London 43,78–43,89—43,67, Neuport 9,00–9,02—9,98, Paris 35,62–35,71—35,53, Prag 26,72–26,78—26,66, Riga —, Schweiz 174,22–174,65—173,79, Stockholm 241,20–241,80—240,60, Wien 127,22–127,54—126,90, Italien 40,37–40,48—40,27.

Amtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 5. Januar. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen: London 25,04 Gd., Neuport 5,1355—5,1390 Gd., Berlin —, Gd., Br., Warschau 57,05 Gd., 57,20 Br., —, Br., Berlin —, Gd., —, Br., Neuport —, Gd., —, Br., Berlin —, Gd., —, Br., Posen 57,05 Gd., 57,20 Br.

Zürcher Börse vom 5. Januar. (Amtlich) Warthausen 57,50, Neuport 5,17%, London 25,13%, Paris 20,40%, Wien 73,02%, Prag 15,33, Italien 23,07%, Belgien 72,02%, Budapest 90,60, Prag 15,33, Italien 23,75, Holland 207,17%, Oslo 132,10, Helsingfors 138,05, Stockholm 138,35, Spanien 80,15, Buenos Aires 2,53%, Tokio —, Bustarret 2,74%, Athen 6,60, Berlin 123,00, Belgrad 3,12, Konstantinopel 2,60.

Berliner Devisenkurse.

| Offizielle Distanzläge | Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark | In Reichsmark 6. Januar | In Reichsmark 5. Januar |
|------------------------|--|-------------------------|-------------------------|
| | Geld | Brief | Brief |
| — | Buenos-Aires 1 Bel. | 1.733 | 1.731 |
| — | Canada . . . 1 Dollar | 4.198 | 4.208 |
| 6,57% | Japan . . . 1 Yen | 2.055 | 2.055 |
| — | Konstantin. Istr. Wld. | 2.118 | 2.127 |
| 5% | London 1 Pf. Grl. | 20.408 | 20.411 |
| 4% | Neuport . . . 1 Dollar | 4.2055 | 4.2155 |
| — | Rio de Janeiro 1 Milr. | 0.483 | 0.485 |
| — | Uruguay 1 Golbel. | 4.235 | 4.245 |
| 3,5% | Amsterdam . . . 100 fl. | 168,31 | 168,73 |
| 10% | Wien . . . 5 M. | 5,31 | 5,33 |
| 7% | Brüssel . . . 100 Fr. | 55,505 | 58,545 |
| 5,5% | Danzig . . . 100 Guld. | 81,49 | 81,49 |
| 7,5% | Helsingfors 100 fl. M. | 10,552 | 10,570 |
| 7% | Italien . . . 100 Lira | 18,71 | 18,77 |
| 7% | Ungarn 100 Din. | 7,407 | 7,407 |
| 5% | Ropenhagen 100 Kr. | 112,18 | 112,22 |
| 9% | Vilnius . . . 100 Grc. | 21,525 | 21,525 |
| 4,5% | Oslo-Christ. 100 Kr. | 105,97 | 107,19 |
| 6,5% | Paris . . . 100 Fr. | 16,645 | 16,645 |
| 5% | Prag . . . 100 Kr. | 12,45 | 12,45 |
| 3,5% | Schweiz . . . 100 Fr. | 81,20 | 81,23 |
| 10% | Sofia . . . 100 Lev. | 3,04 | 3,05 |
| 5% | Spanien . . . 100 Pes. | 64,96 | 65,12 |
| 4,5% | Stockholm . . . 100 Kr. | 112,37 | 112,36 |
| 7% | Wien . . . 100 Kr. | 59,27 | 59,27 |
| 6% | Budapest . . . 100 Pengő | 73,59 | 73,58 |
| 10% | Warthausen . . . 100 fl. | 46,505 | 46,545 |
| | Rai . . . 1 Ag. Pf. | — | — |

Die Bank Poloni zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,95 zł. do. fl. Scheine 8,94 zł. 1 Pf. Sterling 43,58 zł. 100 franz. Franken 35,33 zł. 100 Schweizer Franken 173,09 zł. 100 deutsche Mark 21

